

Mittelsächsische

LinksWorte

12. Dezember 2012

Nr. 64

6. Jahrgang



Und wieder ist die - für die meisten von uns - schönste Jahreszeit gekommen! Gerade hier im Erzgebirge und seinem Vorland. Das Jahr 2012 neigt sich seinem Ende entgegen, das Weihnachtsfest steht vor der Tür und öffnet diese symbolisch für ein neues Jahr.

Aber das neue Jahr beginnt in einer zwischenmenschlich immer kälter werdenden Welt. Die sozialen Konflikte in unserer insgesamt so reichen Gesellschaft spitzen sich zu. Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst weiter an. DIE LINKE stemmt sich gegen diese Entwicklung und zeigt in ihrem Programm Alternativen auf.

Die drei Titelthemen dieser Ausgabe

1. Im Brennpunkt der LINKEN:

Gegen rechte und rassistische Parolen der (Neo-)Nazis in Mittelsachsen

2. LINKSfraktion aktuell:

Unser Bericht vom Kreistag am 5. Dezember

3. Aktueller Diskussions-Schwerpunkt

Das Rentenkonzept der LINKEN und das der Sozialdemokraten

2	editorial & standpunkt
3	kolumne & wie weiter mit den linksworten?
4	titelthema 1: neo-nazis in mittelsachsen
5	polemik zur wahrnehmung der linken
6 / 7	titelthema 2: kreistagsfraktion aktuell: der kreistag vom 5. dezember
8	titelthema 3: das rentenkonzept der linken und das der spd
9	kostenfaktor strom
10	unsere serie: episdnen aus der mittelsächsischen geschichte heute: die besiedlung des „mittelsächsischen erzgebirges“
11	kreisvorstand & glückwünsche
12	termine & querbeet

Die nächste Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint am 23. Januar 2013. Redaktionsschluss ist am Mittwoch, dem 16. Januar. Unsere Leser werden herzlich gebeten, für den Druck, die Herausgabe und Verteilung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ zu spenden.

Spendenempfehlung: 1,00 Euro
Sonstige Geldspenden können unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ an folgende Bankverbindung gerichtet werden:

DIE LINKE. Mittelsachsen
Kreissparkasse Freiberg
BLZ: 870 520 00
Konto-Nr.: 311 502 821 0

Zuschriften, Polemik, Kritiken und Hinweise sind ausdrücklich erwünscht.
Bei Veröffentlichung bringen sie nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber: **DIE LINKE.**
Kreisvorstand Mittelsachsen

Postanschrift der Redaktion:
Kreisgeschäftsstelle der LINKEN
z. Hd. der Redaktion der „LinksWorte“
09599 Freiberg, Roter Weg 41/43
Telefon: 0 37 31 - 2 22 56
Telefax: 0 37 31 - 20 21 40
Email: kontakt@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion: Ruth Fritzsche, Marco Hinkel, Sabine Lauterbach, Susann Martin, Michael Matthes, Sabine Pester, Hans Weiske (verantw. i.S.d.P.), Peter Zimmermann

Layout, Satz und Fotos: A • Bi • Te
Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske
Birkenstraße 23b 09557 Flöha/OT Falkenau

Verlag und Vertrieb: Eigenverlag und -vertrieb

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG,
Boettcherstrasse 21, 09117 Chemnitz.

Internet: Die „LinksWorte“ stehen unter www.links-worte-mittelsachsen.de im Internet. Dort ist auch ein Archiv der bisherigen Ausgaben verfügbar.

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2012 neigt sich seinem Ende zu. Wir haben uns mit der Dezember-Ausgabe beeilt, damit sie noch vor den Weihnachts-Feiertagen unsere Leserinnen und Leser erreicht.

Die mittelsächsischen LinksWorte haben sich durchaus Ansehen bei ihrer Leserschaft, vor allem den Mitgliedern und Sympathisanten der LINKEN in Mittelsachsen, erworben. Aber es gibt Überlegungen, unsere Zeitung noch aktueller und vor allem kostengünstiger herzustellen und zu ihren Leserinnen und Lesern zu bringen. Diesem Anliegen, mit dem wir uns als Redaktion im 1. Quartal des kommenden Jahres intensiv beschäftigen werden, sind die Anregungen zur Diskussion auf Seite -3- und der Artikel auf Seite -5- dieser Ausgabe gewidmet.

Mit dem kommenden Jahr starten wir in einen wahren Wahlmarathon, der uns bis zu den Wahlen des Landrates und vieler Bürgermeister im Jahr 2015 in Atem halten wird. Der scharfe Start wird bereits im Februar und März vollzogen. Wir informieren darüber auf Seite -4-.

Der mittelsächsische Kreistag schloss mit der Sitzung am 5. Dezember das Beratungsjahr 2012 ab. Wie die Zeit vergeht! Denn seit der Wahl des Kreistages am 8. Juni 2008 sind mehr als vier Jahre vergangen und die nächsten Kreistagswahlen im Jahr 2014 werfen bereits ihre Schatten voraus.

Neben der Weiterführung unserer Serie von Episoden aus der Geschichte Mittelsachsens stehen diesmal das Rentenkonzept der LINKEN und ein Artikel zu den aktuellen Preistreibereien auf dem Strommarkt aus der Feder unserer Landtagsabgeordneten Jana Pinka aus Freiberg im Mittelpunkt. Wie immer wünschen wir allen viel Spaß bei der Lektüre ihrer linken Zeitung für Mittelsachsen.



Wir wünschen allen unseren Leserinnen und Lesern ruhige und besinnliche Weihnachtstage und ein glückliches und gesundes Jahr 2013.

sehr vieles hängt von den finanznen ab

von Hans Weiske,
Schatzmeister des Kreisverbandes der LINKEN

Die kommenden drei Jahre werden geprägt sein von Wahlkämpfen - von der Europawahl bis hinein in die Kommunen. Das alles kostet viel Geld - und wir haben viel zu wenig davon auf der hohen Kante. Deshalb halte ich es für richtig, dass der Kreisvorstand vor einem Jahr beschlossen hat, alle Einnahmen und Ausgaben im Kreisverband und in unseren 17 Ortsverbänden sehr kritisch auf den Prüfstand zu stellen. Ergebnis war ein Beschluss zur zukünftigen Absicherung der finanziellen Grundlagen unserer Parteiarbeit im Kreisverband. Weniger erfreulich, dass die eingesetzte Arbeitsgruppe kaum vor Ort wirksam wurde - Schlussfolgerungen wurden vor allem auf der Grundlage der im Mitgliederprogramm vorliegenden Fakten gezogen. Gespräche am Ort des Geschehens - in den Ortsverbänden und Basisgruppen - fanden nur wenige statt.

Aber etwas Positives hat das Ganze aus meiner Sicht doch gebracht: Der Finger wurde auf die Wunden gelegt - sowohl auf der Einnahme- als auch auf der Ausgabenseite. Und daraus konnte ich konkrete Schlussfolgerungen für die Finanzplanung im Jahr 2013 ziehen und dem Kreisvorstand mit dem Entwurf des Finanzplans vorlegen. Und das sind, in wenigen Worten zusammengefasst bei den Einnahmen:

- Durchsetzung der Beitragsgerechtigkeit durch alle Genossinnen und Genossen,
 - Erhöhung des Spendenaufkommens aus den Ortsverbänden, von SympathiesantInnen und Privatpersonen,
 - höhere Beiträge von Kreis-, Stadt- und Gemeinderäten,
- und bei den Ausgaben:
- wesentliche Reduzierung der Ausgaben für die Büros der Partei
 - Senkung der Kosten für die Kreiszeitung.

Bisher steht das alles jedoch nur auf dem Papier. Es muss mit Leben erfüllt werden. Deshalb ist es so erfreulich, dass der gemeinsame Spendenaufruf des Kreisvorsitzenden Falk Neubert und der sächsischen Wahlkampfleiterin Antje Feiks im Kreisverband Mittelsachsen bereits innerhalb der ersten Tage eine Spendensumme von über 2.500 Euro erbrachte. Danke, liebe Spender!

*E*n gutes Gewissen ist ein ständiges Weihnachten.

Benjamin Franklin

*W*er sich verirrt, entdeckt neue Wege.

Nils Kjær

auf seite - drei -
- immer konsequent links -
**unser monatlicher
meinungsbeitrag**

Dieser Tage flattern die Preisbescheide der Energieversorger ins Haus. Man vergleicht die Preissteigerungen, die sofort wirksam werden, mit den Rentenerhöhungen, die irgendwann kommen sollen, und stellt gewisse Unterschiede fest. Die Herrschaften spekulieren auf den Fatalismus der Bevölkerung und auf die Hilflosigkeit Derjenigen, die sich nicht wehren können. Denn die, die sich mit hoch dotierten Juristen ausgestattet wehren könnten, sind nicht betroffen. Sie sind von jedweden Strompreiserhöhungen ausgenommen. Nur wir bezahlen den Schwindel mit der Förderung erneuerbarer Energien. Die Windräder, auch die in der Nordsee sind Gelddruckmaschinen für die, denen sie gehören. Und wenn die Anschlussleitungen nicht rechtzeitig fertig werden, bezahlt der private Stromkunde auch noch die Entschädigungen, dass die Windradbesitzer am Gelddrucken gehindert sind. Und so wird das weitergehen. Man redet noch nicht darüber. Aber der Abbau der stillzulegenden Atomkraftwerke ist teuer und aufwendig und dauert viele Jahre. Wer wird das bezahlen? Die Energiekonzerne sicher nicht, denn die werden die Rückbaukosten weiterreichen - an uns.

Nun wird uns angeraten, uns wettbewerbsgerecht dem günstigsten Anbieter zuzuwenden. Aber wir haben nur die Wahl zwischen drei, vier Großen, die sich einig sind, und deren Unterorganisationen. Ein wettbewerbsgeschwängelter Markt ist das gewiss nicht. Also haben wir die Wahl zwischen Teufel und Belzebug. Nun fällt Stromversorgung so wie Gesundheitsversorgung und Wohnung in den Bereich der Daseinsvorsorge, wo es nach unserer Meinung keine Waren gibt. Also ein Bereich, in dem keine Marktmechanismen funktionieren, weil tatsächlich der Abnehmer nicht die Auswahl hat. Was kann man also tun? „Initiative ist Disziplinlosigkeit mit erfolgreichem Ausgang“ wäre ein Ansatz. Ein breites Bündes unter der Mitwirkung DerLinken hat es geschafft, Faschisten an ihren Aufmärschen zu hindern. Vielleicht sollte man sich zusammentun, um die Energiekonzerne zu blockieren. Die Disziplinlosigkeit zum guten Zweck lässt sich nicht ahnden, wie die Dresdner Justiz nach einigen Fehlversuchen nun einsehen muss. Vielleicht hat einer eine Idee für eine erfolgreiche Disziplinlosigkeit zum Wohle des Volkes. (mm)

von Hans Weiske

Im Kreisvorstand wurde im zu Ende gehenden Jahr eine intensive Diskussion zur effektiveren Verwendung der finanziellen Mittel geführt. Einer der Schwerpunkte im „**Beschluss zur zukünftigen Absicherung der finanziellen Grundlagen unserer Parteiarbeit im Kreisverband Mittelsachsen**“ vom 8. Oktober ist unsere Kreiszeitung. Dazu wurde dort folgendes festgelegt:

„Unsere Kreisverbandszeitung, die mittelsächsischen LinksWorte, hat in vielfältiger und zunehmender Qualität zum Verständnis der innerparteilichen Arbeit sowie der Festigung unseres Kreisverbandes beigetragen. Der jetzige Beitrag von 0,50 Euro zur Finanzierung der Erstellung ist bei weitem nicht kostendeckend. Wir erheben daher ab dem 1. Januar 2013 einen Beitrag von 1,00 Euro pro Heft und Ausgabe. Auf der Suche nach Alternativlösungen stellen wir mittelfristig das Erscheinen der Kreiszeitung im Internet zur Diskussion.“

Die Redaktion stellt sich ihrer Verantwortung bei der Einsparung von Kosten für die LinksWorte. Dazu wurde auf der jüngsten Redaktionssitzung Übereinstimmung erzielt. Wir einigten uns, in den Monaten Januar, Februar und März die Ortsverbände zu

bitten, uns zu übermitteln, welche Genossen es wünschen, mit der „Hochglanz“- bzw. normalen Internetvariante per eMail beliefert zu werden. Darüber hinaus möchten wir wissen, wieviele gedruckte Exemplare der LinksWorte für den jeweiligen Ortsverband zur Verfügung gestellt werden sollen - wobei wir nicht nur an die Parteimitglieder denken. Dabei sollte - von Ausnahmen abgesehen - für jedes digital oder per Druck übermitteltes Exemplar ein Spendenbeitrag von einem Euro abgerechnet werden. Auf dieser Grundlage werden wir Satz, Druck und Verteilung der LinksWorte ab April organisieren, wobei über die Art und Weise der Herstellung der Druckexemplare und deren Qualität (farbig oder zweifarbig, Schwarz-Weiß u.a.) noch nicht das letzte Wort gesprochen ist.

Auch das könnte eine Übergangslösung sein. Im Rahmen der Landesarbeitsgemeinschaft der Roten Reporter gibt es Diskussionen, die Landeszeitung und die Kreiszeitungen zusammenzuführen - ein durchaus interessanter Ansatz. Das Format würde sich zwar ändern, das grundsätzliche Erscheinungsbild der LinksWorte ließe aber erhalten, wie auch die Verantwortung der Redaktion für den mittelsächsischen „Kreisteil“.

Die Diskussion zu unseren Vorstellungen ist unbedingt erwünscht.



Das erste „Freiberger Blätt 1“ mit Terminen und Informationen der PDS erschien am 24. September 1990. Die im November 1990 erschienene 5. Ausgabe trug erstmals den Titel „LinksWorte“. 1995 kam die Nr. 100, neun Jahre später die Nr. 200. Auf unserem Archivfoto von 2008 hält sie Genossin Ruth Fritzsche, die von Anfang an dabei war, in den Händen. In der Bildleiste darunter die vorletzte „handgefertigte“ Ausgabe (September 2006) mit Ankündigung der ersten gedruckten „Freiberger LinksWorte“ (Mitte), diese erste gedruckte Ausgabe (links) und die „neue Nummer 1“ vom September 2007 (rechts). Ab Nr. 10 vom Juni 2008 erscheint unser „Blätt 1“ unter dem Namen „mittelsächsische LinksWorte“.

(neo-)nazis und deren botschaften in mittelsachsen - wie ihren parolen entgegnet?

von Hans Weiske

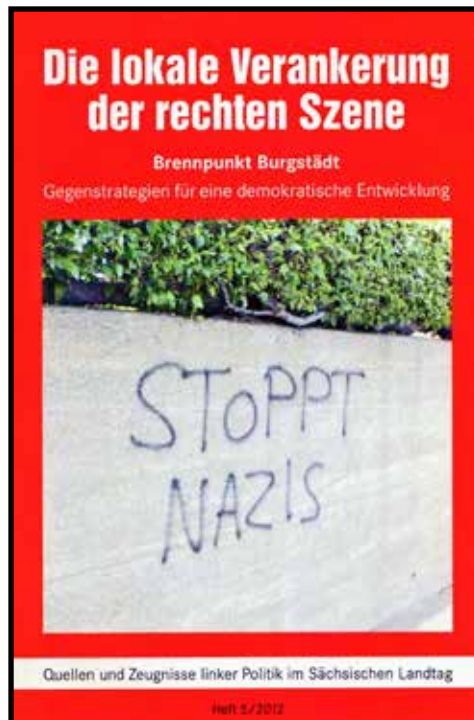
Mehr als 20 Genossinnen und Genossen verschafften sich am 26. November in Siebenlehn einen Einblick in die (neo-)nazistischen Strukturen in Mittelsachsen und erfuhren anhand von Beispielen, wie man rassistischen und rechten Parolen entgegnet werden kann.

Um der Veranstaltung den notwendigen „Tiefgang“ zu verschaffen, hatte der Kreisvorsitzende **Falk Neubert** (junge) Fachleute eingeladen. Vom Mobilien Beratungsteam des Kulturbüros Sachsen e.V. für den Regierungsbezirk Chemnitz waren **Juliane Wetendorf** und **Jens Paßlack** gekommen. Den Verein gibt es seit 2001 und die entsprechende mobile Beratung wird nach den Worten der beiden Referenten in allen neuen Bundesländern durchgeführt. In einem mehr als einstündigen Vortrag - unterstützt durch audiovisuelle Hilfsmittel und Fallbeispiele - zeichneten Juliane Wetendorf und Jens Paßlack ein düsteres Bild des Wirkens von (neo-)nazistischen Strukturen in unserer Region. Ein Bild, was durch das Wirken des Nationalsozialistischen Untergrundes (Abk. NSU), der so genannten Zwickauer Terrorzelle deutschlandweit eine völlig neue Dimension erreicht hat.

Einige Beispiele für das Wirken der (Neo-)nazis in unserer Region:

- Der Ausbau des ehemaligen Gasthofs in Gränitz (Ortsteil von Brand-Erbisdorf) zu einem Nazizentrum. Der Rechtsextremist Günter Deckert (von 1991 bis 1995 NPD-Vorsitzender und mehrfach wegen Volksverhetzung verurteilt) will das von ihm 2001 erworbene Anwesen trotz Verbots weiter für nazistische Veranstaltungen nutzen. Zuletzt hatte er am 25. August nach eigenen Angaben ca. 40 Kameraden zu einem Sommerfest auf das Gelände des ehemaligen Gasthofs eingeladen.
- Die weit über Mittweida hinausreichenden Aktivitäten von „Sturm 34“. Kerstin Köditz, linke Landtagsabgeordnete und Autorin der dargestellten Broschüre über Burgstädt, bezeichnete Sturm 34 als „den bewaffneten Arm der NPD“. Es handelte sich um eine rechtsextreme freie Kameradschaft, die im März 2006 von ca. 35 Männern und Frauen

gegründet und hatte später ca. 175 aktive Mitglieder oder Sympathisanten. wurde. Der Name Sturm 34 wurde von einer SA-Brigade übernommen, die während der Zeit des Faschismus in der Region Mittweida stationiert war. Sturm 34 wurde im April 2007 wegen der Angriffe auf Ausländer und Andersdenkende und der Zielstellung der Errichtung einer „national befreiten Zone“ verboten, seine Anführer im August 2008 zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Auch das Büro des Ortsverbandes Burgstädt der LINKEN war mehrfach Ziel der



Über 20 Orts- und Basisvorsitzenden waren der Einladung des Kreisvorsitzenden Falk Neubert zur Beratung nach Siebenlehn gefolgt. Gäste waren Juliane Wetendorf und Jens Paßlack vom Mobilien Beratungsteam für den Regierungsbezirk Chemnitz des Kulturbüros Sachsen (Bild unten). Verteilt wurde dabei auch eine Broschüre zu Gegenstrategien für eine demokratische Entwicklung am Beispiel des Brennpunktes Burgstädt (Bild oben).

neonazistischen Übergriffe.

- Regionale (Neo-)nazistrukturen als „Nationale Sozialisten“ in Döbeln, Leisnig und Lunzenau mit teilweise sehr aktiven Internetseiten und Hetze zum angeblichen Volkstod, da das eigene Volk wegen der ständig zunehmenden Migration aussterbe. Galgen seien schon geknüpft. Ein aktueller Fall eines neonazistischen Übergriffs wurde für den 17. November aus Rochlitz gemeldet.
- Nicht zuletzt der bekannte Übergriff eines damals 22-jährigen stadtbekanntes Neonazis am 13. April auf unsere Genossen David Rausch und Robert Sobolewski in Geringswalde (wir berichteten), als sie Plakate für den Kreisparteitag am 21. April mit Katja Kipping als Gast anbrachten. Zeitweilig liefen die Ermittlungen des Staatsschutzes sogar in Richtung eines „linksextremistischen“ Vorfalles. Ein Gerichtsverfahren gegen Michael M. lief ins Leere. Inzwischen musste der Mann in Untersuchungshaft, da er dringend verdächtigt wird, seine ehemalige Freundin Ende September in einer Wohnung in Mittweida vergewaltigt zu haben. Das Verfahren gegen David Rausch und Robert Sobolewski wurde danach eingestellt.

Abschließend wurde darauf hingewiesen, dass der Landkreis Mittelsachsen die Statistik neonazistischer Übergriffe - nach den Städten Leipzig und Dresden - in Sachsen anführt. Und nicht zuletzt habe die NPD - wie übrigens in allen sächsischen Großstädten und Landkreisen - den Einzug in den mittelsächsischen Kreistag geschafft.

In der anschließenden Diskussion wurde ein sehr differenziertes Bild über das Wirken der freien Strukturen und der NPD im Landkreis gezeichnet. Der Vorsitzende des Ortsverbandes Leisnig, Dieter Kunadt, kritisierte scharf die Gefahr der Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus durch den kreislichen Verein gegen Extremismus. Albrecht Tolke aus Freiberg berichtete von „Graswurzelarbeit“, die von LINKEN im Kampf gegen die Nazis geleistet werden muss und rief dazu auf, den 80. Jahrestag der Machtergreifung der Nazis am 30. Januar 2013 zum Protest zu nutzen. David Rausch berichtete über einen linken Themenabend gegen Rechts in Leisnig mit 140 Teilnehmern.

Die Anmerkung der Redaktion zum Beitrag „Mein Gott, was ist denn mit den Linken los?“ in der vorangegangenen Ausgabe der LinksWorte war so un begründet nicht.

Es gab mündliche Äußerungen (vereinzelt) mit Pro und Kontra zu meinen Beiträgen. Die Kontras bezogen sich dem Vernehmen nach vordergründig darauf, dass die „führenden Genossen“ von mir angegangen wurden. Nun – dazu wäre Folgendes zu sagen: Wenn jemand Verantwortung übernimmt, diese Partei zu führen, dann muss er diese Funktion auch – was Kompetenz, politisches Profil und Persönlichkeit betrifft – ausfüllen. Der oder die Betreffende müssen sich messen lassen an diesen Ansprüchen. Mit Argumenten begründete Kritik muss erlaubt sein. Wo kämen wir denn sonst hin? Mit wachsender Abneigung sehe ich allerdings im sächsischen Landesverband Zustände entstehen, die alle Merkmale der Herausbildung einer Nomenklatura aufweisen. Dagegen wende ich mich mit aller Entschiedenheit. Daran habe ich schon einmal eine Partei scheitern sehen, und das will ich nicht ein zweites Mal erleben müssen. Abneigung und Groll empfinde ich gegenüber denjenigen, die sich fiesen Vorgehens schuldig machen. Wenn einer so ehrlichen Haut wie André Hahn übel mitgespielt wird, dann kann man nicht schweigen, ganz abgesehen vom Ansehenschaden, den die Partei erleidet. Ich versichere, dass mir die Dinge nicht nur vom Hörensagen bekannt sind.

Mich treibt allerdings etwas ganz Anderes um. Wenn man die parteiöffentlichen Verlautbarungen liest oder hört, findet man dem Anschein nach nichts Falsches daran. Aber es sollte mal jeder von uns sich vorstellen, dass er die Sozialpolitischen Leitlinien (Gegenstand des jüngsten Landesparteitages) einem Freund oder Bekannten, der DenLinken nicht so nahe steht, zur Lektüre empfiehlt und ihn hinterher fragt, ob er beim nächsten Mal DieLinken wählen würde. Ich mache so etwas hin und wieder, wohlgermerkt im Gespräch mit Menschen, die mit beiden Beinen auf der Erde stehen. Die Antworten können wie folgt zusammengefasst werden. „Das müssen Leute ge-

schrieben haben, die das reale Leben nicht von innen her kennen.“ Und dann kommt meist das, was mir besonders weh tut. Viele wünschen sich eine Partei, die eine Alternative anbietet und der man zutraut, dass sie sie in die Tat umsetzt. Aber die sind wir nicht in deren Augen.

cher Rückschritt eingetreten ist und dass die jetzigen Verhältnisse nicht das letzte Wort der Geschichte sein werden – mithin wird es wieder eine Entwicklung geben hin zu dem, was sie schon in Anfängen kennenlernten. Dem wird auch keine Genossin oder kein Genosse widersprechen. Doch findet dazu in unserer Partei zu wenig Dialog und Diskurs statt. Wir stolpern doch jeden Tag über die Themen. Sind sich die Mitglieder unserer Partei, und hierbei meine ich vor allem die Ü50-Generationen, noch über die Grundlagen unseres politischen Engagements einig? Es steht doch außerhalb jeden Zweifels, dass die Gesellschaft Regeln und Gesetzmäßigkeiten unterworfen ist. Wir erleben zwar, dass die politisch Handelnden versuchen, durch Gesetze, Verordnungen, Satzungen und vieles andere mehr die Gesellschaft zu zwingen. Nur – funktioniert das denn? Mir hat mal ein juristisch gebildeter Freund geschildert, dass es keinen Sinn hat, ein Gesetz zu erlassen, dessen Vorschriften von 85 % der Bevölkerung aus Einsicht heraus sowieso erfüllt werden. Ansonsten wäre die eine Hälfte der Menschen damit beschäftigt, die andere Hälfte zu kontrollieren. Doch zurück zum Anliegen. Diskutieren wir noch darüber, dass eine Gesellschaft sich nach vom menschlichen Willen unabhängigen Gesetzmäßigkeiten entwickelt, dass Geschwindigkeit und Richtung der Entwicklung von den der Gesellschaft innewohnenden Konflikten bestimmt werden und dass das Wirken der Gesetzmäßigkeiten das bewusste Handeln der Mehrheit der Mitglieder der Gesellschaft voraussetzen. Ich bin mir überhaupt nicht sicher, ob dieser einmal in unserer Partei existierende Grundkonsens noch von allen vertreten wird. Und nun rückt eine Generation nach, an die wir unser Wissen, unsere Haltung und unsere Erfahrung irgendwie nicht weitergeben. Und so ent-



Das machtvolle Karl-Marx-Monument in Chemnitz - der „Nisch´l“, dargestellt auf einem Plakat der sächsischen Linken. Unser Autor Michael Matthes geht der Frage nach, was uns der geistige Vater des Marxismus heute noch zu sagen hat.

Ich habe mich sehr mit dieser Situation auseinandergesetzt und meine, den Grund gefunden zu haben. Diejenigen, mit denen ich geredet habe, kannten in der Regel durch eigenes Erleben oder

„Wenn einer so ehrlichen Haut wie André Hahn so übel mitgespielt wird, dann kann man nicht schweigen.“

aus anderen Gründen hautnah zwei gesellschaftliche Ansätze. Und eine sehr große Anzahl meint, dass vor etwa zwanzig Jahren ein gesellschaftli-

steht die Situation, dass unverdautes Halbwissen die Politik unserer Partei bestimmt. Das kann man nicht nur den nachrückenden Genossinnen und Genossen anlasten. Hier versagt auch die ältere, meine Generation. Das ist umso bedauerlicher, weil es in unseren Reihen Genossen Gesellschaftswissenschaftler mit Professoren- und Dokortiteln und Diplomen gibt. Ich meine, es gilt, diesen Schatz wieder zu heben. Das wäre dann ein Merkmal unserer Partei, ein Alleinstellungsmerkmal wohlgermerkt. **Ohne dieses Merkmal braucht es DerLinken nicht. Da gibt es schon die SPD, die Karl Marx zur Seite gelegt hat.**

die beratung des kreistages am 5. dezember aus der sicht der linksfraktion

Zum letzten Male im Jahr 2012 tagte der Kreistag am 05. Dezember in Freiberg. Die Tagesordnung versprach einen „zahmen Kreistag“, ohne kontroverse Diskussionen. Die Zahl der Gäste war so klein, wie lange nicht mehr. Alles in allem eine entspannte, ruhige Atmosphäre.

Zu Beginn des Kreistages wurden zwei Kreisräte nach ihrem freiwilligen Ausscheiden aus dem Kreistag verabschiedet. Dazu hat der Landrat Uhlig eine sehr ausführliche Lobeshymne über Prof. Dr. Kandler ergossen. Eine Ehre, zu der er nicht gelangt wäre, hätte er einer anderen Fraktion angehört. Allerdings möchte ich bemerken, dass Prof. Dr. Kandler wohl einer der wenigen wirklichen Christen in der CDU-Fraktion ist. Beide ausgeschiedenen Kreisräte haben unverzüglich danach die Sitzung des Kreistages verlassen!

Informationen des Landrates

1. Landesentwicklungsplan, zweiter Entwurf

Der erste Beigeordnete, Dr. Manfred Grätz, hat einige Punkte aus dem LEP kritisch beleuchtet. Hierbei ging es hauptsächlich um für den Landkreis sehr wichtige Punkte, Formulierungen und Inhalte. Jetzt haben die Kommunen und Bürger bis zum 11. Januar 2011 Zeit, ihre Stellungnahmen und Einsprüche an die sächsische Staatsregierung einzureichen. Wir als LINKE Kreistagsfraktion hätten gern eine gemeinsame Stellungnahme des Landratsamtes und aller Fraktionen. Damit würden wir in Dresden sicherlich eher Gehör finden, als wenn das Landratsamt seine eigene Stellungnahme einbringt. Wir werden auf jeden Fall an dem Thema dran bleiben.

2. Breitbandversorgung

Es wurde betont, dass man mit der Umsetzung voll im Zeitplan liege. Jedoch würde es sich um ein außerordentlich großes Gesamtprojekt handeln. Jeder Bürger kann unter folgender Internetseite genaue Informationen einholen, wie weit der Ausbau in seiner Stadt, Gemeinde bzw. Ortschaft ist.
www.breitband-mittelsachsen.de

3. Situation Kreiskrankenhaus Mittweida gGmbH

Nachdem sich die Landkreisverwaltung nun mehrere Monate über die Situation ausgesprochen hat, sind jetzt erstmals neue Daten und Fakten öffentlich besprochen worden. Herr Jens Irmer, neuer Geschäftsführer des Krankenhauses legte Fakten auf den Tisch, bei denen die Zuhörer nur stauend den Kopf schütteln konnten. So habe das Kreiskrankenhaus Mittweida seit mindestens acht Jahren keine Gewinne mehr erwirtschaftet. Von den 12 Mio. € aufgenommenen Kreditsumme sei nur eine Mio. € in Investitionen geflossen. Der Rest sei für die laufende Liquidität genutzt worden.

In den letzten Jahren sei eine Vielzahl von Verträgen geschlossen worden, die eindeutig zum Nachteil des Krankenhauses wären. Diese Verträge hätten die Zustimmung von Aufsichtsrat bzw. Gesellschafterversammlung benötigt. Jedoch hat sich Frau Sedlacek diese Zustimmung nicht eingeholt.

In den letzten Jahren hat das Krankenhaus 18 Arztpraxen aufgekauft. Oft sei es nach dem gleichen Schema gelaufen. Ein Arzt kurz vor dem Ruhestand hat seine Praxis an das Krankenhaus für viel Geld verkauft. Anschließend ist er in den Ruhestand gegangen und das Krankenhaus hat nur unter großen Schwierigkeiten einen Nachfolger, für die oftmals unrentablen Praxen finden können. So ist beispielsweise noch im April eine Arztpraxis für 200 T€ gekauft worden. Da waren die Wirtschaftsprüfer bereits im Hause. Diese Praxis wird jährlich voraussichtlich 50 T€ Minus einfahren. All diese Verträge wurden ohne die Zustimmung von Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung geschlossen. Trotzdem sind diese Verträge rechtswirksam.

Auf Grund dieser Vorkommnisse wird nun Strafantrag gegen die ehemalige Geschäftsführerin, Frau Marlies Sedlacek, gestellt. Jedoch wurde Frau Sedlacek außer für das Jahr 2011 immer entlastet.

Herr Irmer betonte, dass der Tiefpunkt durchschritten sei. Auch das Jahr 2013 wird ein schwieriges Jahr werden, jedoch rechnet man ab 2014 mit schwarzen Zahlen. Bis zum Juli soll ein Standortkonzept erarbeitet werden. Dieses soll wirtschaftlich sowie vertraglich untersetzt sein.

Zum Abschluss verwies Herr Irmer noch auf die gute Arbeit in den Krankenhäusern mit seinen drei Standorten. Im November seien die Patientenzahlen so hoch wie seit vielen, vielen Monaten nicht mehr gewesen.

4. Personalbestand und Personalkosten des Landratsamtes

Unsere Fraktion fordert nunmehr seit drei Jahren ein Personalentwicklungskonzept. Bisher hat der Landrat solch ein Konzept immer noch nicht auf dem Wege gebracht. Jedoch kündigte er dieses bis zum Juni-Kreistag 2013 an. Derzeit würde das Landratsamt mit 173 VZÄ unterbesetzt sein. Der Landrat betonte, dass er heute schon kaum noch mit dem Personal für die täglichen Aufgaben auskomme. Dem stehen ständig steigende Personalausgaben entgegen.

2010	2011	2012
72.167 Mio. €	73.213 Mio. €	74.647 Mio. €
Steigerung zum Vorjahr	1,45%	1,96%

Für die Altersteilzeitverträge seien bisher keine Rückstellungen gebildet worden. Dies würde erst mit Einführung der Doppik geschehen. Die daraus resultierende Last sei bis 2019 abgetragen. Wobei in den nächsten vier Jahren die Last am Größten sei.

Von den totalen Personalkosten für das Jahr 2012 in Höhe von 74.647 Mio. € seien 62.199 Mio. € Eigenaufwand. Der Rest würde aus anderen Kassen finanziert.

Das strategische Ziel sieht bis 2018 den Abbau von 170 Stellen vor. Davon seien bisher 81 Stellen abgebaut. Dies jedoch ohne Kündigungen, nur auf Grund von altersbedingten und sonstigen Ausscheiden von Mitarbeitern.

Die Zahlen der Mitteilungsberichte für das Jahr 2013 seien am 05.12.2012 eingegangen und würden jetzt wesentlich besser aussehen, als bisher.

Die Fraktion wird sich am 23.01.2013 im Rahmen einer gesonderten Fraktionssitzung nur mit dem Kreishaushalt 2013 beschäftigen. Bis dahin erhoffen wir uns belastbares Zahlenmaterial in den Händen zu halten.

Jahresrechnung des Kreishaushaltes für das Jahr 2011

- kein Fehlbetrag im Haushaltsjahr 2011
- Die Zahlungsbereitschaft der Kreiskasse war bis auf drei Kalendertage gewährleistet.
- Schuldenabbau und damit Senkung der pro Kopf Verschuldung
- Erfüllung der Pflichtzuführung zum Vermögenshaushalt
- ein geplanter Kredit musste nicht in Anspruch genommen werden

ausführliche informationen durch unser redaktionsmitglied sabine lauterbach

- keine Entnahme aus der Rücklage im Verwaltungshaushalt
- 7,1 Mio. € Zuführung für Nettoinvestitionen

Wir sollten jedoch nicht vergessen, dass dieses positive Ergebnis wesentlich durch die Erhöhung der Kreisumlage getragen wird. Weitere Einsparungen wurden durch die Haushaltssperre zur Mitte des Jahres 2011, sowie der Minderinanspruchnahme beim Bildungs- und Teilhabepaket und bei den Kosten für Unterkunft und Heizung erzielt.

Nutzungsentgelte Wohnunterkunft Rochlitz

Es ist klar, das mit diesem Nutzungsentgelt keine Kostendeckung erfolgen kann. Der Kostendeckungsgrad liegt unter 50%. Jedoch würden bei steigenden Kosten weniger Lehrlinge die Wohnunterkunft nutzen. Der Vorlage wurde ohne Diskussion zugestimmt.

Richtlinie für die Kosten für Unterkunft und Heizung im Landkreis Mittelsachsen

Derzeit gibt es im Landkreis Mittelsachsen rund 16.000 Bedarfsgemeinschaften. Das sind in etwa 11 % aller Haushalte. Diese Zahl ging jedoch in den letzten Jahren relativ linear zurück. Zur Kalkulation dieser Richtlinie wurden die Daten von 28.000 Mietwohnungen aufgenommen und analysiert. Dabei fiel zum Beispiel

auf, dass die Wohnungen für Ein-Personenhaushalte, die bisher einen Richtwert von 45 m² hatten, einfach zu wenig am Wohnungsmarkt vorhanden sind. Deshalb wurde der Richtwert auf 50 m² erhöht.

Unsere Fraktion ist grundsätzlich mit dieser Richtlinie einverstanden, gibt sie doch jetzt den betroffenen Bürgern, jedoch auch der Verwaltung Rechtssicherheit. Da diese Richtlinie jedoch ein Instrument der Verwaltung ist, haben wir die Landkreisverwaltung aufgefordert, ein Merkblatt zu entwickeln, das klar verständlich alle wichtigen Punkte der Richtlinie, jedoch auch viele Fragen beinhaltet.

Jobcenter Mittelsachsen

Es wurde eine Vereinbarung nach § 44 b Abs. 2 SGB II zur Ausgestaltung der gemeinsamen Einrichtung „Jobcenter Mittelsachsen“ ab 01. Januar 2013

zwischen dem Landkreis Mittelsachsen und der Bundesagentur für Arbeit beschlossen.

Unsere Fraktion hat zum Kreistag die Landkreisverwaltung aufgefordert, im Kreistag periodisch über die Arbeit des Jobcenters zu informieren. Dies kann auch an Hand einer Informationsvorlage geschehen. Denn nur so kann sich jeder Kreisrat im Vorfeld der Sitzung mit den Zahlen beschäftigen und zum Kreistag entsprechende Fragen stellen.



Jahr für Jahr in der Vorweihnachtszeit ein Erlebnis: Der Augustusburger Adventskalender. Jeden Tag wird mit einem kleinen Programm eines der liebevoll gestalteten Fensterchen geöffnet. Und über allem thront das Schloss.

Einladung zum Neujahrsempfang der Kreistagsfraktion

Die Kreistagsfraktion lädt für den Montag, den 14. Januar 2013, um 18 Uhr, zum traditionellen Neujahrsempfang ein. Bei Sekt und Schnittchen wollen wir einen Einblick in die Arbeit und die anstehenden Aufgaben des Jahres 2013 geben. Es wird aber auch einen Rückblick auf das Jahr 2012 geben.

Diese Veranstaltung findet in Mittweida, Weberstraße 30 statt. Wir danken MdL Falk Neubert für die Bereitstellung der Räumlichkeiten.

muntere sprüche zum jahreswechsel

Man könnte viele Beispiele für unsinnige Ausgaben nennen, aber keines ist treffender als die Errichtung einer Friedhofsmauer. Die, die drinnen sind, können sowieso nicht hinaus, und die, die draußen sind, wollen nicht hinein.

Mark Twain

Wie alt man geworden ist, sieht man an den Gesichtern derer, die man jung gekannt hat.

Heinrich Böll

Geistige Fähigkeiten sind auf Dauer schwerer vorzutauschen als materieller Reichtum.

Eckhart von Hirschhausen

Die Antwort der LINKEN

Eine Solidarische Rentenversicherung für einen sicheren Lebensstandard und gegen Armut im Alter



Rentenpolitische Grundsätze:

5 Kernforderungen

- Lebensstandardsicherndes Rentenniveau wieder herstellen
- Solidarische Rentenversicherung einführen
- Den Solidarausgleich stärken
- Solidarische Mindestrente einführen
- Solidarische Rente gerecht finanzieren

Was bringen diese Maßnahmen?

- Mit dem Konzept der LINKEN hätten Rentnerinnen und Rentner je nach Einkommen um 20 bis 35 Prozent höhere Renten. Das macht zwischen 186 und 269 Euro mehr im Monat aus.
- Sie müssten dafür aber nicht mehr bezahlen als heute, sondern weniger. Denn die private Zusatzvorsorge könnte entfallen.
- Über die solidarische Mindestrente würden zu niedrige Rentenansprüche auf ein armutsfreies Niveau angehoben.

Wie viel Rente bekommen Sie im Alter?

Rentenanspruch nach 40 Jahren Arbeit heute und im Jahr 2030

monatlicher Bruttolohn	Rente in 2012	Rente in 2030	
		Bundesregierung	DIE LINKE*
1700 Euro	634 Euro	534 Euro	803 Euro
1900 Euro	709 Euro	597 Euro	803 Euro
2100 Euro	783 Euro	660 Euro	834 Euro
2300 Euro	858 Euro	723 Euro	909 Euro
2500 Euro	932 Euro	786 Euro	993 Euro
2700 Euro	1007 Euro	849 Euro	1072 Euro

Berechnung Bundesregierung: Rentenniveau 43 Prozent, Renteneintrittsalter 67 Jahre; DIE LINKE: Rentenniveau 53 Prozent plus Solidarausgleich, Renteneintrittsalter 65 Jahre
 *Bei Bedarf Zuschlag auf solidarische Mindestrente, damit kein Mensch unter die Armutsrisikogrenze fällt.

Links sind die wichtigsten Eckpunkte der Präsentation des Rentenpolitischen Konzeptes der LINKEN dargestellt. Sie erfolge am 19. September durch Gregor Gysi, Katja Kipping und Bernd Riexinger. Im folgenden die in diesem Dokument enthaltenen Wertungen zum Rentenkonzept der SPD. Das ist vor wenigen Tagen auf einem kleinen Parteitag aktualisiert worden. Aus aktuellem Anlass dazu der Standpunkt unseres Redaktionsmitglieds Ruth Fritzsche.

SPD-Positionen

- Die SPD will eine Solidarrente einführen, mit der bei langjähriger Versicherung geringe Rentenansprüche auf 850 Euro aufgestockt werden, die Rente nach Mindestentgeltpunkten (unverändert) entfristen und Zeiten der Langzeiterwerbslosigkeit besser bewerten.
- Sie will das Rentenniveau durch mehr Beschäftigung und die Bekämpfung von „Erwerbsarmut“ stabilisieren.
- Die Niveauabsenkung soll nicht vollständig zurück genommen werden.
- Betriebsrenten sollen eine größere Rolle spielen.
- Die Rente ab 67 soll ausgesetzt werden, bis 50% der 60-64-Jährigen in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung sind.

Mein Standpunkt zur aktuellen Rentendiskussion

von Ruth Fritzsche

Die Bundestagswahl 2013 wirft ihre Schatten voraus. In Anbetracht der vorzeitigen Bekanntgabe des Kanzlerkandidaten der SPD, des Herrn Peer Steinbrück, der es gerne schaffen möchte, Kanzler der Bundesrepublik Deutschland zu werden, wirft sich jetzt auch die SPD in der Rentenpolitik in die Bresche. War es doch die SPD unter Führung von Bundeskanzler Schröder, die gemeinsam mit den Grünen, natürlich auch unter Zustimmung der CDU, die verhängnisvolle Agenda 2010 auch mit schlimmen Auswirkungen für die Rentenpolitik beschlossen hat. Armutsrenten waren und sind deshalb vorprogrammiert, so dass z.B., wie es kürzlich in der Freien Presse verlautete, allein im Kreis Mittelsachsen 30 000 Seniorinnen und Senioren Wohngeld erhalten, um ihre Wohnungen bezahlen zu können. Und an dieser Rentenpolitik war der jetzige Kanzlerkandidat, Steinbrück maßgeblich beteiligt.

Nun hat die SPD nach langem Streit mit ihren linken Auslegern auf ihrem kleinen Parteitag am 24.11.2012 ein Rentenkonzept beschlossen, mit dem sie Gewerkschafter und Geringverdiener beruhigen und zurückgewinnen will, ohne allerdings kon-

kompetenter standpunkt

sequent mit ihrem bisherigen Rentenkurs zu brechen. So will sie z.B. an der Rente mit 67 nichts ändern. Sie will sie lediglich so lange aussetzen, bis mindestens 50 Prozent der 60-64-Jährigen in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung sein werden.

Für mich ist das nicht nachvollziehbar, wenn gegenwärtig die Anzahl der Beschäftigten in dieser Altersgruppe 30 Prozent beträgt und bei den 64-Jährigen gegenwärtig nur 15 Prozent. Weiterhin verspricht sie die Sicherung des Rentenniveaus in Höhe von 50 Prozent, aber dank des rot-grünen Rentenkürzungsprogrammes kann es bis zum Jahre 2020 auf 46 Prozent und bis zum Jahre 2030 sogar auf 43 Prozent absinken. Nach amtlichen Berechnungen liegt es aber jetzt schon unter 50 Prozent. Also wie soll das gehen.

So ist die SPD auch nicht bereit, aus dem unter Rot-Grün installierten Drei-Säulen-Prinzip der Lebensstandardsicherung aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Rente (sprich Riester-Rente), welche gescheitert ist, die Konsequenzen zu ziehen. Bei der Riester-Rente rudert sie zwar zurück, aber sie setzt auf kapitalgedeckte Betriebsrenten, statt konsequent das Umlageverfahren der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken. Und was die Angleichung der Ost- an die Westrenten erst im Jahre 2020 anbetrifft, so kann man das ruhig vergessen. Die Frau Bundeskanzlerin hatte es ja bereits für 2009 versprochen.

Dieser Rentenbeschluss der SPD ist für mich weder Fisch noch Fleisch.

Für mich ist das Rentenkonzept unserer Partei die richtige Konsequenz, für das ich mich auch persönlich einsetze. Es setzt u.a. auf:

- die Wiederherstellung des lebensstandardsichernden Rentenniveaus
- die Einführung einer solidarischen Rentenversicherung

Das bedeutet z.B.:

- das Sicherungsniveau der Renten wieder auf 53 Prozent anheben (Niveau vor Rot-Grünen Renteneinschnitten)
- die Rente ab 67 vollständig zurücknehmen
- die Riester-Subventionen in die gesetzliche Rentenversicherung umlenken
- die ostdeutsche Renten auf Westniveau anheben - Abschluss im Jahre 2016
- Den Kreis in der gesetzlichen Rente Versicherten auf alle Erwerbstätigen ausweiten.



Foto: Thomas Kruse

Wir dokumentieren ein Interview, welches Dr. Jana Pinka aus Freiberg, Umwelt- und Technologieexpertin der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, dem „Parlament von links“ gab.

Im Jahr 2010 wurde in Chemnitz, Dresden und Leipzig insgesamt 10.460 Privathaushalten der Strom abgeschaltet, weil sie ihre Rechnungen nicht bezahlen konnten. Der Energiepreis kennt schon lange nur eine Richtung: nach oben. Schuld daran soll die Energiewende sein. Frau Dr. Pinka, ist Strom schon ein Luxusgut?

Dr. Jana Pinka: Die Gefahr, dass Strom für immer mehr Menschen unbezahlbar wird, besteht tatsächlich. Wir bezahlen heute 25,74 Cent pro Kilowattstunde, 2007 waren es noch ca. fünf Cent weniger. Im gleichen Zeitraum jedoch sanken die Strompreise für die Industrie, und zwar von 0,0946 auf 0,0895 Cent pro Kilowattstunde*. Aktuell werden in Deutschland Unternehmen mit insgesamt 9 Milliarden Euro entlastet, darunter sind große Braunkohleunternehmen, aber auch z.B. kleine Saunabetriebe.

Welchen Anteil hat das Erneuerbare-Energie-Gesetz (EEG) an der Strompreisentwicklung?

Dr. Jana Pinka: Fragt man nach dem Grund der drohenden immensen Strompreiserhöhung ab 2013, bekommt man fast immer zu hören, die angekündigte Erhöhung der EEG-Umlage von derzeit 3,59 auf 5,277 Cent pro Kilowattstunde sei schuld. Das ist absurd, denn der Strompreis setzt sich wie folgt zusammen: 54,4 Prozent aus der Stromlieferung (davon für Stromerzeugung 34,4 Prozent und Netznutzung 20 Prozent), 21,6 Prozent aus Abgaben und Umlagen (inkl. 14 Prozent EEG-Umlage) und 24 Prozent aus Steuern**. Neben der EEG-Umlage haben sich auch die anderen Preisbestandteile erhöht, vor allem die für Kohle, Erdöl und Erdgas, die heute 50 bis 100 Prozent mehr kosten als noch vor zehn Jahren.

Warum redet eigentlich keiner über den preissenkenden (!) Effekt der Erneuerbaren Energien? Steigt bspw. über Mittag die Produktion von Solar- oder Windstrom, sinkt an der Leipziger Strombörse durch das hohe Angebot der Preis für konventionellen Strom. Da aber stromintensive Unternehmen per Gesetz von der EEG-Umlage, von Netzentgelten, Stromsteuer, Konzessionsabgaben etc. befreit sind, vom sinkenden Börsenstrompreis aber profitieren, ziehen sie im Saldo wirtschaftliche Vorteile aus der Energiewende – nur dass sie diese Gewinne bislang nicht an die Stromkunden weitergegeben haben.

Zur Dämpfung des Strompreises wirbt Sachsens CDU/FDP-Regierung dafür, die Stromsteuer zu senken und ein Quotenmodell einzuführen. Was halten Sie davon?

Dr. Jana Pinka: Nicht viel. Die Stromsteuer macht acht Prozent der Energiepreise aus. Und wir haben wie gesagt die Stromsteuer-Ausnahmen für Unternehmen des produzierenden Gewerbes. Die zahlen keine Steuer – und mit der Absenkung der Stromsteuer bezahlen sie die immer noch nicht. Bei den Netzentgelten sieht das schon anders aus, denn diese tragen mit durchschnittlich 23 Prozent zum Strompreis bei. Das wäre für mich ein Handlungsansatz, da würden dezentrale Netzstrukturen also schon mal weiterhelfen. Aktuell aber wird lieber darüber diskutiert, wie die Energie aus großen Offshore-Windkraftanlagen im Norden Deutschlands zu den Abnehmern in den Süden der Bundesrepublik kommt. Dreimal dürfen Sie raten, wer das bezahlen soll...

Die Krönung in diesem Zusammenhang ist übrigens, dass die Bundesregierung gerade beabsichtigt, das Abschalten systemrelevanter, aber unrentabler Kraftwerke im Winter zu verhindern. Das könnte bis zu 287 Mio. Euro kosten. Zahlbar vom Verbraucher, unter anderem über die Netzentgelte. Zum Quotenmodell: Hier wird suggeriert, dass Strom aus erneuerbaren Quellen die Netze überfluten würde und man dem begegnen müsse. In Sachsen ist es aber eher der Braunkohlestrom, der die Netze verstopft. Denn etwa ein Drittel der netto in Sachsen erzeugten Mengen an elektrischer Energie – und damit überwiegend Braunkohlestrom – werden gar nicht hier verbraucht, sondern exportiert. Wohl auch deshalb hält Ministerpräsident Tillich am Braunkohleabbau fest und befördert das ungehinderte Abbagern weiterer sorbischer Dörfer in der sächsischen Lausitz und von Landstrichen im Leipziger Südraum. Dazu muss man wissen, dass Braunkohleabbau in Sachsen massiv subventioniert wird – nach unseren Berechnungen jährlich mit etwa 34,8 Mio. Euro! Zudem wird weder Förder- und Feldesabgabe erhoben, noch ist Wasserentnahmeentgelt zu zahlen.

Nein, Schwarz-Gelb geht es offenbar gar nicht um die Strompreisentwicklung. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien soll schlicht abgewürgt werden. Wie anders lässt sich sonst begründen, dass das seit langem angekündigte Energie- und Klimakonzept der Staatsregierung bis heute nicht verabschiedet wurde.

Was will die Fraktion DIE LINKE im Landtag?

Dr. Jana Pinka: Wir wollen die zusätzliche und ungerechte Belastung der privaten Haushalte, des Handwerks und des Mittelstands durch die Strompreistreiber verhindern. Unsere Bundestagsfraktion hat bereits im September einen Antrag zur sozialen Gestaltung der Energiewende und der Gewährleistung bezahlbaren Stroms gestellt. Wir fordern u.a., eine bundeseinheitliche staatliche Strompreisaufsicht zu installieren, die Marktmissbrauch und Manipulationen am Strommarkt verhindert. Zudem müssen Sockelstarifmodelle bei Energieversorgern entwickelt und die Privilegierung großer Unternehmen beim Strompreis beendet werden.

heute teil 3 unserer zweiten serie: besiedlung des mittelsächsischen erzgebirges



Burgruine Frauenstein - eines der Tore zur Besiedlung des Erzgebirges

Nach dem „Fahrplan“ für die zweite Serie (im Oktoberheft) und die frühe wirtschafts- und Verkehrsentwicklung im Erzgebirge (im November) wenden wir uns in den kommenden Monaten dem „mittelsächsischen Erzgebirge“ zu. Ich muss zugeben, dass es sich dabei um einen Begriff handelt, der eigentlich keinen Sinn macht, da das Erzgebirge geografisch nicht zu Mittelsachsen gehört. Alles ist der Kreisgebietsreform von 2008 geschuldet, und da durften Altkreise nicht zerschnitten werden. So kam es, dass der ehemaligen Landkreis Freiberg „sein Erzgebirge“ (vor allem das Gebiet des Alt-Altkreises Brand-Erbisdorf) in den Landkreis Mittelsachsen einbrachte und das Osterzgebirge - wie der Name besagt - zum Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge kam. Dafür wurde der ehemalige Landkreis Stollberg dem Erzgebirgskreis zugeschlagen.

Auf der untenstehenden Karte sind - natürlich nur in einer sehr vereinfachten Übersicht - die drei wesentlichen Besiedlungsströme dargestellt, die erstmals mit Beginn des 13. Jahrhunderts das mittlere und obere Erzgebirge

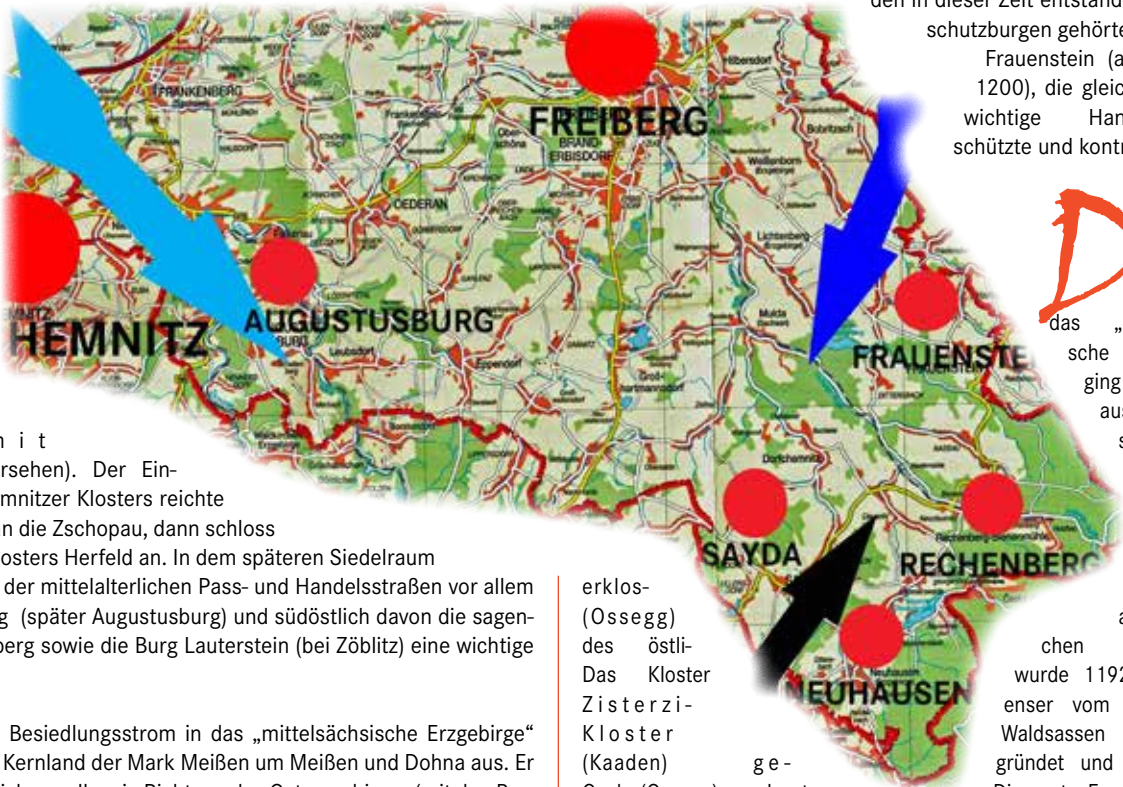
erreichten. In unseren bisherigen Teilen haben wir aufgezeigt, dass vor allem an den alten Böhmisches Steigen, im Volksmund auch als Salzstraßen bezeichnet, Siedlungen im Erzgebirge entstanden. Die älteste von ihnen dürfte das heutige Städtchen Sayda sein, das vom Süden her besiedelt wurde und erstmals im Jahr 1206 urkundliche Erwähnung fand. Im folgenden nun der Überblick über die drei wesentlichen Besiedlungsströme (die Numerierung bedeutet hier keine zeitliche Reihenfolge). Im Detail wenden wir uns in den ersten Ausgaben des kommenden Jahres zu. (hw)

Ein erster Besiedlungsstrom in das „mittelsächsische Erzgebirge“ erfolgte über das aus Richtung des Reichslandes Pleißen (um die heutigen Städte Altenburg, Chemnitz und Zwickau beiderseits der Pleiße). Der deutsche Kaiser Friedrich I., Barbarossa begann im Jahre 1158 mit der Schaffung dieses geschlossenen Reichsterritoriums. Um das Jahr 1200 begann es sich, in das obere Erzgebirge auszudehnen. „Vorposten“ des Pleißenlandes nach Südosten hin war das Kloster Chemnitz (gegründet im Jahr 1136, im Jahr 1143 durch König Konrad III. mit dem Marktrecht versehen). Der Einflussbereich des Chemnitzer Klosters reichte vom Westen her bis an die Zschopau, dann schloss sich der Besitz des Klosters Herfeld an. In dem späteren Siedelraum spielten beim Schutz der mittelalterlichen Pass- und Handelsstraßen vor allem die Burg Schellenberg (später Augustusburg) und südöstlich davon die sagenumwobene Burg Nidberg sowie die Burg Lauterstein (bei Zöblitz) eine wichtige Rolle.

Der zweite Besiedlungsstrom in das „mittelsächsische Erzgebirge“ ging vom Kernland der Mark Meißen um Meißen und Dohna aus. Er richtete sich vor allem in Richtung des Osterzgebirges (mit den Burgen Lauenstein und Bärenstein) und betraf im heutigen Landkreis Mittelsachsen vor allem die Region um Frauenstein. Dohna ist die zweitälteste Stadt Sachsens. Die Burg Dohna (es existieren nur noch bescheidene Reste des ehemaligen Burgturmes) wurde vermutlich bereits 960 in der Regierungszeit von Kaiser Otto I. erbaut. Burg und Siedlung hatten große Bedeutung bei der Kontrolle der Handelswege (Salzstraßen) im Müglitztal und über die Höhe auf der Alten Dresden Teplitzer Poststraße. Die Burggrafen von Dohna hatten großen Einfluss auf die Besiedlung des Osterzgebirges. Übrigens erhielt der

Dohnaer Burggraf von Kaiser Barbarossa im Jahre 1170 den Auftrag zur Errichtung von Dresden. Nach den Silberfunden bei Freiberg im Jahre 1168 rückte das bisher unbesiedelte Waldgebiet zwischen der Markgrafschaft Meißen einerseits und dem Königreich Böhmen andererseits ins Blickfeld der Interessen. Zu den in dieser Zeit entstandenen Grenzschutzburgen gehörte auch die in Frauenstein (angelegt um 1200), die gleichzeitig zwei wichtige Handelsstraßen schützte und kontrollierte.

Der dritte Besiedlungsstrom in das „mittelsächsische Erzgebirge“ ging von Böhmen aus. Eine besondere Rolle dabei spielte das Zisterzienserkloster Osek am Südhang des Erzgebirges. Das Kloster wurde 1192 durch die enser von bayerischen Waldsassen bei Kadan gegründet und 1197 nach Die erste Erwähnung fand oberen Erzgebirges in einer Stiftungsurkunde des Klosters Ossegg. Fortan gehörte das Gebiet um Sayda - zu dem auch die Burgen Purschenstein (im heutigen Neuhausen) und Rechenberg gehören - zu Böhmen. Nach verschiedenen Besitzerwechseln kam dieses Gebiet um Sayda, Neuhausen und Rechenberg erst Anfang des 14. Jahrhunderts endgültig zur Markgrafschaft Meißen. Die Grenzziehung zwischen der Markgrafschaft Meißen und dem Königreich Böhmen wurde mit dem Vertrag von Eger im Jahre 1459 besiegelt.



kreisvorstand aktuell

(Redaktion) Der Kreisvorstand behandelte in seiner Sitzung vom 19. November die folgenden, bereits in unserer November-Ausgabe angekündigten Schwerpunkte:

- Die **langfristige Organisation des Wahlkampfes** in den kommenden drei Jahren. Dazu fand am gleichen Tag eine Beratung des Wahlstabes des Kreisverbandes statt. An beiden Beratungen nahm Genosse **Lars Kleba** teil, der Wahlkampf-Manager des Landesvorstandes Sachsen der LINKEN. (Lars Kleba kommt aus Brand-Erbisdorf und war in den vergangenen Jahren in der Bundesgeschäftsstelle in Berlin vor allem auf dem Gebiet der Jugendarbeit tätig). Lars Kleba informierte über die Aktionen „Bestes Wahlprogramm“ des Bundesvorstandes und „Dialog für Sachsen“ des Landesvorstandes (darüber informierten wir bereits in unserer November-Ausgabe). Im Detail ging es vor allem um die Bundestagswahl im kommenden Jahr (voraussichtlich am 23. September), aber auch die Kommunal- und Landtagswahlen im Jahr 2014 wurden bereits thematisiert. Der Kreisvorstand berief eine **Gesamtmitgliederversammlung als Kreisparteitag** zur Nominierung des Direktkandidaten des Bundestagswahlkreises 161 sowie der Wahl der VertreterInnen des Kreisverbandes für die LandesvertreterInnen-Versammlung zur Bestätigung der sächsischen Landesliste der LINKEN für die Bundestagswahl für den **7. März 2013 nach Siebenlehn** ein. Der Kreisvorstand beschloss, sich mit einer Spendenaktion für die bevorstehenden Wahlkämpfe an die Genossinnen und Genossen des Kreisverbandes zu wenden.
- Der Kreisvorstand behandelte nach detaillierter Diskussion im geschäftsführenden Kreisvorstand in 1. Lesung den **Finanzplan 2013 des Kreisverbandes**. Die endgültige Bestätigung erfolgt zur Beratung des Kreisvorstandes am 10. Dezember. Der „Beschluss zur zukünftigen Absicherung der finanziellen Grundlagen der Parteiarbeit im Kreisverband Mittelsachsen“ im Ergebnis des Einsatzes einer Arbeitsgruppe fand sowohl bei der Planung der Einnahmen (Mitgliedsbeiträge, Spenden, Mandatsträgerbeiträge), als auch der Ausgaben (Geschäftsstellen, Kreiszeitung) Berücksichtigung.

Die Sitzung des Kreisvorstandes im Dezember findet am 10. Dezember (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe) statt. Neben der Bestätigung des Finanzplans 2013 steht die Vorstellung der aktuellen **Arbeit der Linksjugend solid** im Mittelpunkt. Dazu wird der neugewählte Vorsitzende Andy Naarmann sprechen, einen Ausblick auf die politischen Aktivitäten im nächsten Jahr geben und den Finanzplan 2013 der Linksjugend solid erläutern. Die „mittelsächsischen LinksWorte“ werden in ihrer Januar-Ausgabe ausführlich darüber berichten.

unsere jubilarer

Unseren Genossinnen und Genossen mit runden und halbrunden Geburtstagen sowie unseren Hochbetagten gratulieren wir hiermit ganz besonders herzlich!

Im Monat Januar 2013 wird aus diesem Anlass gefeiert bei:



Herbert Erler	geb. am	02.01.1928,	in	Freiberg
Hildegard Ulitz	geb. am	04.01.1928,	in	Waldheim
Albert Sittel	geb. am	05.01.1928,	in	Penig
Christa Zimmermann	geb. am	09.01.1931,	in	Waldheim
Helga Klaus	geb. am	14.01.1931,	in	Freiberg
Ingeburg Münch	geb. am	14.01.1930,	in	Lichtenau
Helmut Schenke	geb. am	15.01.1932,	in	Waldheim
Isolde Jezek	geb. am	15.01.1933,	in	Freiberg
Elke Händler	geb. am	16.01.1948,	in	Waldheim
Erika Berger	geb. am	17.01.1938,	in	Mittweida
Anna Matthes	geb. am	18.01.1919,	in	Waldheim
Hans-Holger Zimmer	geb. am	19.01.1953,	in	Waldheim
Anneliese Göpfert	geb. am	20.01.1920,	in	Brand-Erbisdorf
Bernd Schneider	geb. am	20.01.1948,	in	Brand-Erbisdorf
Ilse Seidel	geb. am	21.01.1922,	in	Döbeln
Marianne Fichtner	geb. am	21.01.1929,	in	Rochlitz
Werner Kunze	geb. am	21.01.1930,	in	Burgstädt
Dana Grumbach	geb. am	21.01.1926,	in	Döbeln
Karl-Heinz Meinig	geb. am	22.01.1948,	in	Freiberg
Heinrich Schubert	geb. am	23.01.1926,	in	Freiberg
Karl Heinrich	geb. am	25.01.1930,	in	Freiberg
Luise Weinert	geb. am	25.01.1930,	in	Döbeln
Dieter Ahlbrecht	geb. am	25.01.1932,	in	Freiberg
Erhard Natzschka	geb. am	25.01.1926,	in	Waldheim
Hildegard Patza	geb. am	26.01.1929,	in	Lichtenau
Edith Mehnert	geb. am	28.01.1927,	in	Hainichen
Gertraude Kneip	geb. am	28.01.1926,	in	Königsfeld
Günter Woinke	geb. am	30.01.1030,	in	Rochlitz
Manfred Nitzsche	geb. am	30.01.1953,	in	Waldheim
Karla Böhme	geb. am	30.01.1938,	in	Freiberg
Eva Jahn	geb. am	30.01.1938,	in	Oederan
Susanne Albrecht	geb. am	30.01.1924,	in	Burgstädt
Klaus Buhrig	geb. am	31.01.1943,	in	Burgstädt
Gerhard Voigtmann	geb. am	31.01.1927,	in	Augustusburg



Zweimal das Zisterzienserkloster Osek (Ossegg), heute Teil der gleichnamigen Ortschaft in Nordböhmen. Zu seiner Bedeutung für die Besiedlung des oberen Erzgebirges im Text auf Seite -10-. Links im Bild die spätromantische Basilika Mariä Himmelfahrt (errichtet 1206 bis 1221), rechts der Haupteingang zum Klosterkomplex.

Terminübersicht

Dezember 2012:

- 11.12. 16:15 Uhr *Besuch des sächsischen Landtages auf Einladung der MdL Jana Pinka und Falk Neubert (siehe gesonderte Einladung auf dieser Seite)*
- 15.12. 09:30 Uhr *Gesamtmitgliederversammlung des Ortsverbandes Freiberg Kreisgeschäftsstelle Roter Weg 41*
- 17./18.12. *Ausfahrt zum Deutschen Bundestag auf Einladung des MdB Michael Leutert*

Januar 2013:

- 13.01. ab 9 Uhr *Ehrung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg Gedenkstätte der Sozialisten Berlin-Friedrichsfelde*
- 14.01. 19 Uhr *Sitzung des Kreisvorstandes Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Roter Weg 41*
- 16.01. 18 Uhr *Aktivtagung des Kreisverbandes mit den Vorsitzenden der Ortsverbände und Basisorganisationen zur Wahlkampfplanung und -finanzierung Hotel „Schwarzes Roß“ Siebenlehn, Freiburger Straße 9*
- 23.01. *Sitzung der Kreistagsfraktion der LINKEN zum Kreishaushalt 2013*
- 27.01. *Ehrung der antifaschistischen Widerstandskämpfer anlässlich des staatlichen Gedenktages gegen die Nazibarbarei durch die Ortsverbände der LINKEN*
- 30.01. *Tag der Mahnung an den 80. Jahrestag der Machtergreifung des NS-Regimes*

Anzeige

*Uhrmachermeister
Henning Pätz*

Kinder- Schüler- Uhren
mit eigenem Vornamen
alle Vornamen möglich

Das Geschenk ... zum Schulanfang
... zum Geburtstag
... zu Weihnachten

Preis: je 99,00 Euro

Dieses und noch vieles mehr erhält man bei:

Uhren & Schmuck Henning Pätz
Heubnerstraße 4 09599 Freiberg Telefon: 03731 - 22 59 3

Die Zeitungsempfehlung für unsere politisch besonders interessierten Leser

Der im Februar 1998 gegründete „**RotFuchs**“, eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift. Die Zeitung kann auch über das Internet unter www.rotfuchs.net heruntergeladen werden. Speziell für Sehbehinderte gibt es eine akustische Ausgabe. Durch den breiten Autorenkreis - im Autorenverzeichnis sind 40 z.T. sehr bekannte Autoren verzeichnet - kann der Leser Monat für Monat auf 32 Seiten linke, teilweise auch



sehr polemische Artikel lesen - wobei mitunter auch das ND als „einzige unabhängige linke sozialistische Tageszeitung“ ihr Fett abbekommt. In der Dezemberausgabe beispielsweise aus der Feder von Günter Bartsch unter dem Titel „Schütt, schütterer, am erschütterndsten - Geschichtsbilder eines Feuilletonisten“. Auch solche Beiträge wie „Kein Antifaschismus ohne Thälmann!“ oder „Flucht in den „demografischen Faktor“ (beide ebenfalls in der Dezemberausgabe) tragen durchaus dazu bei, den eigenen linken Horizont „über das ND hinaus“ zu weiten. Herausgeber des „**RotFuchs**“ ist der gleichnamige Förderverein e.V.

Regionalgruppe auch in Freiberg

In der Region Freiberg arbeitet eine Regionalgruppe des „**RotFuchs**“-Fördervereins e.V. Nach Bedarf erscheint zur Information für die Mitglieder des Fördervereins und die Leser der Zeitschrift „**RotFuchs**“ ein MITTEILUNGSBLATT. Die Regionalgruppe lädt regelmäßig zu vielfältigen Foren und Bildungsveranstaltungen ein, kürzlich beispielsweise zu einer Veranstaltung zum Thema „Die Neonazis in Mittelsachsen“. Leser, die den „**RotFuchs**“ im Dauerbezug möchten, können ihn direkt beim Versand Karin Dockhorn, Postfach 02 12 19 Berlin, (Telefon: 030 241 267 3) bestellen.

Eine gute Rente für ein gutes Leben im Alter
Das LINKE Konzept einer Solidarischen Rentenversicherung
für einen sicheren Lebensstandard und gegen Armut im Alter

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

**Damit Wohnen bezahlbar bleibt:
Mieten deckeln,
sozialer Wohnungsbau jetzt!**

Wohnungspolitische Konferenz der Partei DIE LINKE
16. Dezember 2012, 11 bis 17 Uhr im NeoCityHotel Götterpark

Live-Übertragung:
livestream.die-linke.de

DIE LINKE.

Wir trauern gemeinsam mit den Angehörigen um unsere verstorbenen Genossen

Dr. Gunter Weber aus Halsbrücke
Paul Hentschel aus Flöha

Wir werden ihnen stets unser ehrendes Gedenken bewahren.